

zum Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nummer 20***Ausgegeben in München am 31. Oktober 2005****Jahrgang 2005**

Inhalt

Seite

Schulsammlung 2005 des Deutschen Jugendherbergswerks Landesverband Bayern e.V. ... 238*

**Bayerische Lehrkräfte für Schulen und Lehrer-
bildungseinrichtungen in den Staaten Mittel-,
Ost- und Südosteuropas und einzelnen ande-
ren Ländern 239***

**Ausschreibung einer Schulleiterstelle an einer
staatlichen beruflichen Schule 240***

**Fortbildungsveranstaltung für katholische Re-
ligionslehrer an Gymnasien im Bereich der
Diözese Augsburg 241***

Ausschreibung einer Sachgebietsleiterstelle .. 242*

**Ausschreibung von Seminarlehrerstellen an
staatlichen Gymnasien 242***

**Zulassung von Diplomphysikern, Diploma-
thematikern mit Nebenfach Physik oder Infor-
matik sowie Diplominformatikern mit Neben-
fach Mathematik oder Physik zum Vorberei-
tungsdienst für das Lehramt an Gymnasien
2006/I 243***

**Schulsammlung 2005
des Deutschen Jugendherbergswerks
Landesverband Bayern e.V.**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 27. September 2005 Nr. II.7-5 K 6304-3.57 127

Das Deutsche Jugendherbergswerk Landesverband Bayern e.V. führt in der Zeit vom 21. mit 27. November 2005 seine diesjährige Schulsammlung durch.

I.

Die Sammlung wurde mit Schreiben der Regierung der Oberpfalz vom 25. Mai 2005 sammlungsrechtlich genehmigt. Der Bescheid der Regierung der Oberpfalz lautet in den wesentlichen Teilen wie folgt:

„Aufgrund des Bayerischen Sammlungsgesetzes wird dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Bayern e.V. für das Gebiet des Freistaates Bayern in der Zeit vom

21. mit 27. November 2005

eine Sammlung widerruflich erlaubt.

Diese Erlaubnis berechtigt zur Sammlung durch Schüler/-innen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr mit durchnummerierten Spendenlisten bei ihren nächsten Verwandten und Bekannten.

Andere erlaubnispflichtige Sammlungsarten, insbesondere Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in Gaststätten oder in anderen jedermann zugänglichen Räumen (Vergnügungsstätten, Geschäften usw.) und bei anderen als den genannten Personen sind nicht gestattet.

Die Sammlung unterliegt folgenden Auflagen:

1. Die Sammlung ist ehrenamtlich durchzuführen. Entgelte, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile für die Mitarbeit dürfen nicht gewährt, gewerbliche Unternehmen (Werbeinstitute, Adressenverlage usw.) mit der Durchführung der Sammlung nicht betraut werden. Ausgenommen ist der Druck von Listen, Spendenbriefen und Werbematerial.
2. Für die Sammlung sind durchnummerierte, vom Veranstalter mit Originalunterschrift und Originalstempel versehene Spendenlisten zu verwenden. Sie müssen den Namen des Veranstalters, Art und Zeit der Sammlung, den Sammlungsort, einen Hinweis auf diese Erlaubnis, Name, Geburtsdatum und Wohnort des Sammlers und Spalten für die Namen der Spender und den gespendeten Betrag enthalten. Am Kopf der Namens- und Unterschriftenspalte ist deutlich sichtbar der Vermerk „Eintragung freigestellt“ anzubringen.

Jeder Sammler darf nur eine Liste mit sich führen.

Die Sammler sind darüber zu belehren, dass die Eintragung des Namens vom Spender nicht gefordert und auch vom Sammler ohne ausdrückliche Einwilligung nicht vorgenommen werden darf. Die Sammler sollen jedoch darauf hinwirken, dass Spender, die ungenannt bleiben wollen, den ge-

spendeten Betrag in die Liste selbst einsetzen, gegebenenfalls mit dem Zusatz „ungenannt“.

Über die Ausgabe der Spendenlisten sind Nachweise zu führen, aus denen der Verbleib jederzeit festgestellt werden kann.

3. Nach Beendigung der Sammlung sind die Spendenlisten einzuziehen.
4. Die Sammlung darf nur bis 17.00 Uhr durchgeführt werden.
5. Schüler bis zum vollendeten 12. Lebensjahr dürfen an der Sammlung nicht mitwirken. Sie können jedoch Spendenbriefe, die ihnen durch die Schule mit einem Umschlag ausgehändigt werden, an ihre Erziehungsberechtigten übergeben. Spenden – sofern sie nicht überwiesen werden – sind in diesen Fällen durch die Schüler der Schule in verschlossenem Umschlag zu überbringen. Darauf sind die Erziehungsberechtigten besonders hinzuweisen. Insoweit sind diese Schüler nicht als sammelnde Personen anzusehen. Die Schule führt entsprechende Spendenlisten für diese Fälle. Diese Form der Sammlung unterliegt nicht der Erlaubnispflicht.
6. Die Spendenbriefe dürfen nicht mit einer fortlaufenden Nummer versehen sein.
Auf den Spendenbriefen ist darauf hinzuweisen, dass eine Angabe der Personalien einschließlich der Adresse der Eltern nur dann erforderlich ist, wenn die Eltern zur Vorlage beim Finanzamt eine Spendenbescheinigung wünschen. Des weiteren ist ein Hinweis aufzunehmen, dass die Spenden von den Eltern auch unmittelbar auf ein anzugebendes Spendenkonto des Sammlungsträgers überwiesen werden können.
7. Der Sammlungsertrag darf nur für die satzungsmäßigen Aufgaben des Deutschen Jugendherbergswerkes – Landesverband Bayern e.V. –, nicht aber für andere Zwecke, insbesondere nicht für Verwaltungs- und sonstige Aufgaben des Veranstalters verwendet werden.
8. Die Unkosten der Sammlung sind so niedrig wie möglich zu halten. Sie sollten nicht mehr als 5 v.H. des Bruttoergebnisses (Summe der Spenden ohne Abzug) ausmachen und dürfen 8 v.H. nicht überschreiten.
9. Der Regierung der Oberpfalz ist bis zum 1. Juni 2006 eine Abrechnung über die Sammlung vorzulegen; diese muss
 - das Sammlungsergebnis
 - die Höhe und Art der Unkosten, gleichgültig aus welchen Mitteln sie geleistet wurden
 - den Reinertrag und dessen vorgesehene Verwendung
 enthalten. Ferner ist eine Erklärung vorzulegen, dass der Reinertrag der Sammlung nur für satzungsmäßige, gemeinnützige Aufgaben verwendet wurde und daraus keine Verwaltungs- oder sonstige Ausgaben bestritten worden sind.
10. Die Nachprüfung der Sammlung auf Kosten des Sammlungsträgers bleibt vorbehalten.“

II.

Die Schulsammlung ist notwendig, um die Jugendherbergen, die sich insbesondere für Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte und Schulsportkurse anbieten, in ihrem Bestand zu erhalten und heutigen Anforderungen entsprechend zu modernisieren. Die Sammlung trägt dazu bei, den Jugendherbergen die Aufrechterhaltung eines günstigen Preisniveaus zu ermöglichen, und kommt damit wiederum den Schulen zugute.

Die Schulen werden daher gebeten, die Sammlung des Deutschen Jugendherbergswerks Landesverband Bayern e.V. wie bisher nach Kräften zu unterstützen.

Es besteht Einverständnis damit, dass

- Schüler ab dem vollendeten 12. Lebensjahr in der Schule zur Beteiligung an der Sammlung des Jugendherbergswerks aufgefordert werden und
- Schülern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr durch die Schule Spendenbriefe des Jugendherbergswerks für die Erziehungsberechtigten ausgehändigt werden (vgl. Ziff. 5 des sammlungsrechtlichen Erlaubnisbescheids).

Auf die Einhaltung der sammlungsrechtlichen Vorschriften ist zu achten.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 238*

**Bayerische Lehrkräfte für Schulen und
Lehrerbildungseinrichtungen in den
Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas
und einzelnen anderen Ländern**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 4. Oktober 2005 Nr. II.4-5 P 4044.1-6.85 005

1. Vorhaben

Der Freistaat Bayern beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt in Berlin und dem Bundesverwaltungsamt / Zentralstelle für das Auslandsschulwesen in Köln weitere bayerische Lehrkräfte in die nachfolgend genannten Staaten

Bulgarien
Volksrepublik China
Estland
Kroatien
Lettland
Litauen

Polen

Rumänien

Slowakische Republik

Slowenien

Tschechische Republik

Ukraine

Ungarn

zu entsenden.

Ziel der Entsendung ist es, die kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den o.a. Staaten zu festigen sowie zur Förderung der deutschen Sprache in diesen Ländern beizutragen.

Arbeitgeber der deutschen Lehrkräfte ist der Träger der jeweiligen ausländischen Bildungseinrichtung (Schule, Universität etc.). Die Lehrkräfte haben dabei die rechtliche Stellung einheimischer Arbeitnehmer. Der Dienstvertrag, den die Lehrkräfte erhalten, gilt zunächst für ein Schuljahr. Eine Verlängerung ist bis zu 5 Jahren möglich. Die Tätigkeit beginnt im September 2006.

2. Bewerberkreis

Die Lehrtätigkeit in den o.a. Staaten konzentriert sich auf Schulen und Sprachzentren, an denen das Deutsche Sprachdiplom II abgenommen wird, Lehrerfortbildungszentren und Universitäten. Deshalb werden insbesondere Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für Deutsch als Fremdsprache, Deutsch als Zweitsprache oder für mindestens eine moderne Fremdsprache (jeweils mit beliebigem weiteren Fach) gesucht, ebenso Lehrkräfte mit Erfahrung als Multiplikatoren in der örtlichen und/oder regionalen Lehrerfortbildung.

Daneben können sich auch Lehrkräfte mit anderen Fächerverbindungen bewerben, die bereit und in der Lage sind, Deutsch als Fremdsprache fachfremd zu unterrichten.

In Betracht kommen grundsätzlich Lehrkräfte aller Schularten; aufgrund der angespannten Personalsituation an den Hauptschulen können Bewerbungen von Hauptschullehrern jedoch nur in zwingenden Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Für Schulen, an denen das Sprachdiplom II abgenommen wird, ist die Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II Voraussetzung.

Die Bewerber müssen verbeamtet und fachlich gut qualifiziert sein sowie über mindestens drei Jahre Unterrichtserfahrung nach der Lebenszeitverbeamtung verfügen. Sie sollten in der Lage und willens sein, sich in die soziokulturellen Gegebenheiten ihres Gastlandes einzufügen.

Die Tätigkeit als Landesprogrammlehrkraft kann nur in Vollzeit ausgeübt werden.

Die Altershöchstgrenze für die Vermittlung ist das vollendete 59. Lebensjahr zum Zeitpunkt des vorgesehenen Dienstantritts. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Lehrkraft noch mindestens drei Schuljahre aktiv Dienst leistet.

Die Beherrschung der jeweiligen Landessprache wird nicht vorausgesetzt; es wird jedoch von den Bewerbern erwartet, dass sie sich in kürzester

Zeit Grundkenntnisse der Landessprache aneignen.

3. Finanzielle Regelung

Die Lehrkräfte werden unter Fortgewährung der Leistungen des Dienstherrn aus dem inländischen Schuldienst beurlaubt. Das jeweilige Gastland gewährt in der Regel zusätzlich ein ortsübliches Lehrgeld und bemüht sich, eine Dienstwohnung, die dem dortigen Lebensstandard entspricht, zur Verfügung zu stellen oder zu vermitteln. Das Auswärtige Amt in Berlin gewährt in der Regel eine pauschalisierte Umzugskostenvergütung.

Weitere Modalitäten (gebührenfreie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, abgaben- und gebührenfreie Einfuhr von Umzugsgut, Kraftfahrzeug etc.) werden gesondert geregelt.

Bewerbungen von Lehrkräften, die nicht im staatlichen Schuldienst tätig sind, können nur dann in Betracht gezogen werden, wenn gewährleistet ist, dass der jeweilige Schulträger die im Zusammenhang mit der Entsendung anfallenden Lasten und Kosten vollständig übernimmt.

4. Das Verfahren

Interessierte Lehrkräfte richten ihre formlose Bewerbung bis **spätestens 1. Dezember 2005 auf dem Dienstweg** – bei Volksschulen Schulamt und Regierung – an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, z.Hd. Herrn MR Dr. Schmidt, Referat II.4.

Grund- und Hauptschullehrer, Förderschullehrer sowie Berufsschullehrer senden bitte zusätzlich einen Abdruck ihrer Bewerbung vorab an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Die vorgesetzte Behörde gibt eine Stellungnahme zu der Bewerbung ab.

Die verbindliche Meldung sollte enthalten:

Angaben zu Wohnort, Alter, Familienstand, Lehrbefähigung, Unterrichts- und Berufserfahrung in Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache, Erfahrung in der Lehreraus- und -fortbildung, Hinweise auf eine Tätigkeit im Ausland sowie Ortswünsche und Beweggründe für die Meldung.

Bei der Angabe potentieller Einsatzländer kann ein gewisses Maß an Flexibilität die Vermittlungschancen erhöhen. Die Nennung mehrerer Länder bzw. Ländergruppen (ggf. mit entsprechender Priorisierung) wird empfohlen.

Die ausgewählten Kandidaten werden voraussichtlich im Juni/Juli 2006 in einem Seminar des Bundesverwaltungsamtes auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Wie aus Rückmeldungen gegenwärtiger sowie früherer Landesprogrammlehrkräfte deutlich hervorgeht, stellen die Lebens- und Arbeitsbedingungen zwar eine große Herausforderung dar, andererseits liegt hier aber – auch und gerade aufgrund der großen Lernbereitschaft und des außergewöhnlichen Motivationsgrades der Schüler – ein pädagogisches Arbeitsfeld vor, in dem noch echte Pionierarbeit geleistet werden kann. Dies möge gegebenenfalls bei

der Entscheidungsfindung für eine Tätigkeit als Landesprogrammlehrkraft Berücksichtigung finden.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 239*
StAnz 2005 Nr. 42

Ausschreibung einer Schulleiterstelle an einer staatlichen beruflichen Schule

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 4. Oktober 2005 Nr. VII.8-5 P 9001.1-6-7.91 475

Die Stelle des **Schulleiters/der Schulleiterin** ist **ab sofort** an folgender Schule zu besetzen:

Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule
Fürth

Im Schuljahr 2004/2005 wurden an der Fachoberschule 666 Vollzeitschüler und an der Berufsoberschule 86 Vollzeitschüler in den Ausbildungsrichtungen Technik, Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege sowie Sozialwesen unterrichtet.

Die Stelle ist in Besoldungsgruppe A 16 ausgebracht.

Für die Besetzung der Stelle kommen vorrangig staatliche Beamte und Beamtinnen mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen oder für das Lehramt an Realschulen mit Ergänzungsprüfung für die Fachoberschulen oder für das Lehramt an Gymnasien mit Unterrichtserfahrung an beruflichen Schulen mit entsprechender Qualifikation in Betracht.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungen von Frauen werden ausdrücklich begrüßt.

Es wird erwartet, dass der künftige Funktionsinhaber/die künftige Funktionsinhaberin Wohnung am Schulort selbst oder in unmittelbarer Umgebung nimmt.

Bewerbungen sind spätestens zwei Wochen nach der Veröffentlichung im Amtsblatt mit einer tabellarischen Darstellung des beruflichen Werdegangs auf dem Dienstweg bei der für den Bewerber zuständigen Regierung einzureichen. Lehrkräfte von Fachoberschulen oder Berufsoberschulen reichen ihre Bewerbungen über den Schulleiter unmittelbar beim Staatsministerium ein und leiten zusätzlich eine Zweitschrift dem zuständigen Ministerialbeauftragten zu.

Zu den Bewerbungen ist Stellung zu nehmen
a) vom Schulleiter, der die Bewerbungsunterlagen unverzüglich weiterzuleiten hat (falls die letzte

dienstliche Beurteilung länger als vier Jahre zurückliegt oder in vereinfachter Form erstellt wurde, muss die Stellungnahme ausführlich auf die fachliche Leistung sowie Eignung und Befähigung des Bewerbers/der Bewerberin, insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Funktionstätigkeit eingehen und eine aktuelle Leistungsfeststellung beigefügt werden; gleiches gilt, wenn der Bewerber/die Bewerberin seit der letzten dienstlichen Beurteilung befördert oder mit einer Funktionstätigkeit betraut wurde, deren Ausübung im Rahmen der letzten dienstlichen Beurteilung noch nicht gewürdigt werden konnte),

- b) gegebenenfalls von der zuständigen Regierung binnen zwei Wochen nach Eingang der Bewerbung; bei Weiterleitung der Bewerbung an das Staatsministerium sind die Personalakten beizufügen,
- c) gegebenenfalls vom zuständigen Ministerialbeauftragten binnen 10 Tagen nach Eingang der Bewerbung.

Auf die Mitwirkung der Bewerber und Bewerberinnen bei überörtlichen schulischen Aufgaben ist ausdrücklich hinzuweisen.

Die Schulleitungen geben die Ausschreibung den Lehrkräften durch Aushang im Lehrerzimmer bekannt.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 240*

Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer an Gymnasien im Bereich der Diözese Augsburg

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 6. Oktober 2005 Nr. VI.2-5 P 5160.9-6.100 079

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus veranstaltet das Bischöfliche Ordinariat Augsburg **am 14./15. November 2005 im Exerzitienhaus St. Paulus in Leitershofen** eine Fortbildungsveranstaltung für die katholischen Religionslehrerinnen und -lehrer an den Gymnasien im Bereich der Diözese Augsburg.

Thema: Wie kann Gott das zulassen? – Die Theodizee-Frage

Leitung: Ludwig Rendle, OStD i.K., Leiter der Schulabteilung, Diözese Augsburg
Joachim Neumann, OStR i.K., Referent, Schulabteilung Augsburg

Referenten: Prof. Dr. Georg Langenhorst, Nürnberg
Pfr. Dr. Michael Mayr, Klinikseelsorger, Regionaldekan, Augsburg
Dr. Wilhelm Albrecht, Direktor i.R., Religionspädagogisches Zentrum München
Herr Joachim Neumann, Frau Kristina Roth, Referent/-in Schulabteilung Augsburg

Folgender Ablauf ist vorgesehen:

Montag, 14. November 2005

15.30 Uhr Vortrag: Wie kann Gott das zulassen? Das Leid und die Theodizee-Frage

Prof. Dr. Georg Langenhorst, Nürnberg

19.00 Uhr Vortrag: Wie kann Gott das zulassen?

Erfahrungen eines Betroffenen

Pfarrer Dr. Michael Mayr, Klinikseelsorger, Regionaldekan, Augsburg

Dienstag, 15. November 2005

7.45 Uhr Morgenlob

9.00 Uhr Arbeitskreise

AK 1: Joachim Neumann, OStR i.K.

Leid und Leidbewältigung in der modernen Literatur

AK 2: Dr. Wilhelm Albrecht, RPZ München

Leid als Thema der Bildenden Kunst – fächerverbindende Anregungen

AK 3: Kristina Roth, Referentin für Schulpastoral

Wenn das Schlimmste passiert! Umgang mit Tod und Trauer an der Schule

14.00 Uhr Abschlussgottesdienst

Den in Frage kommenden katholischen Religionslehrerinnen und -lehrern kann, soweit es der Schulbetrieb zulässt, zur Teilnahme Dienstbefreiung gewährt werden. Die hauptberuflichen Religionslehrer an den auswärtigen Gymnasien erhalten Ersatz der Fahrtkosten. Die Reisekostenabrechnungen sind binnen 2 Wochen nach Abschluss der Tagung der zuständigen Regierung vorzulegen. Die Auszahlung erfolgt zu Lasten von Kap. 05 04 Tit. 525 95.

Den Trägern nichtstaatlicher Schulen wird empfohlen, ihren Lehrkräften die Teilnahme in ähnlicher Weise zu ermöglichen.

Anmeldungen sind bis spätestens 31. Oktober 2005 an die Bischöfliche Schulabteilung des Ordinariates Augsburg, Hoher Weg 14, 86152 Augsburg, zu richten.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 241*
StAnz 2005 Nr. 41

Ausschreibung einer Sachgebietsleiterstelle

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 10. Oktober 2005 Nr. IV.3-5 P 7001.1.1-4.103 945

Die Stelle des Leiters/der Leiterin des Sachgebiets 501 „Personal/Organisation“ an der Regierung von Niederbayern wird zur Bewerbung für Beamte/Beamtinnen aus der Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes der Volksschulen ausgeschrieben. Der Bewerber/die Bewerberin soll über eine mehrjährige Bewährung im Schulaufsichtsdienst an einem Staatlichen Schulamt sowie über gute EDV-Kenntnisse verfügen.

Dem Sachgebiet 501 an der Regierung von Niederbayern obliegen im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Organisation der öffentlichen Volksschulen
- Organisation und Beaufsichtigung des Unterrichtsbetriebs
- Mitwirkung beim Genehmigungsverfahren für die Errichtung privater Ersatzschulen
- Personalplanung und Personalszuweisung
- Vorbereitung von Beförderungsentscheidungen
- Datenverarbeitung in der Schulverwaltung
- Statistiken zum Unterrichtsbereich

Es wird erwartet, dass der Beamte/die Beamtin Wohnung am Dienstort selbst oder in angemessener Nähe nimmt.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt eine Erhöhung des Frauenanteils am Schulaufsichtspersonal an. Frauen werden deshalb besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Termin für die Einreichung der Bewerbungen wird im Amtlichen Schulanzeiger der Regierung von Niederbayern veröffentlicht.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 242*

- Friedrich-Dessauer-Gymnasium Aschaffenburg für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung
- Dientzenhofer Gymnasium Bamberg für Biologie
- Comenius-Gymnasium Deggendorf für Chemie
- Gymnasium Fridericianum Erlangen für Griechisch
- Gymnasium Fridericianum Erlangen für Pädagogik
- Ohm-Gymnasium Erlangen für Deutsch
- Allgäu-Gymnasium Kempten für Deutsch
- Allgäu-Gymnasium Kempten für Mathematik
- Allgäu-Gymnasium Kempten für Physik
- Allgäu-Gymnasium Kempten für Kunst
- Kaspar-Zeuß-Gymnasium Kronach für Pädagogik
- Karlsgymnasium München für Deutsch
- Ludwigsgymnasium München für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung
- Albert-Einstein-Gymnasium München für Französisch
- Asam-Gymnasium München für Pädagogische Psychologie
- Max-Planck-Gymnasium München für Pädagogische Psychologie
- Willstätter-Gymnasium Nürnberg für Pädagogische Psychologie
- Willstätter-Gymnasium Nürnberg für Latein
- Albertus-Magnus-Gymnasium Regensburg für Musik
- Goethe-Gymnasium Regensburg für Mathematik
- Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Schweinfurt für Kunst (2 Seminarlehrerstellen)
- Anton-Bruckner-Gymnasium Straubing für Pädagogische Psychologie
- Dante-Gymnasium München für Italienisch
- Emil-von-Behring-Gymnasium Spardorf für Chemie

Es können sich Beamte/Beamtinnen des staatlichen Gymnasialdienstes bewerben, die mindestens fünf Dienstjahre nach der Lebenszeitverbeamtung und eine entsprechend – gute – wissenschaftliche und pädagogische Qualifikation aufweisen.

Frauen werden besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 BayGlG).

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit Schwerbehinderten geeignet; Schwerbehinderte werden bei ansonsten gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen werden über die Leitung der Schule, die eine Stellungnahme beifügt, eingereicht. Sie sind dem Staatsministerium bis spätestens **22. November 2005** vorzulegen.

Die Ausschreibung ist den Lehrkräften durch die Direktorate in geeigneter Weise bekannt zu geben.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBeibl 2005 S. 242*

Ausschreibung von Seminarlehrerstellen an staatlichen Gymnasien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 11. Oktober 2005 Nr. III.1-5 S 5105-PRA.103 912

Zum 20. Februar 2006 sind an den nachstehend aufgeführten Schulen voraussichtlich folgende Seminarlehrerstellen zu besetzen:

**Zulassung von Diplomphysikern,
Diplommathematikern
mit Nebenfach Physik oder Informatik
sowie Diplominformatikern mit
Nebenfach Mathematik
oder Physik zum Vorbereitungsdienst
für das Lehramt an Gymnasien 2006/I**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 17. Oktober 2005 Nr. VI.7-5 S 5111-PRA.108 459

Auf Grund des erhöhten Bedarfs an Bewerbern für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Mathematik, Physik und Informatik werden ausnahmsweise zu dem am 20. Februar 2006 beginnenden Vorbereitungsdienst voraussichtlich höchstens 70 Bewerber zugelassen, die an einer Universität im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Diplomprüfung in Physik, Mathematik (Nebenfach Physik oder Informatik) oder Informatik (Nebenfach Mathematik oder Physik) mit mindestens der Note gut bestanden und die bei Beginn des Vorbereitungsdienstes das 38. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Die Bewerbungen sind bis spätestens

21. November 2005

unter Vorlage eines Anschreibens, eines Lebenslaufs sowie einer amtlich beglaubigten Ablichtung des Diplom-Prüfungszeugnisses an das Staatsministerium zu richten. Weitere Unterlagen werden zunächst nicht benötigt. Die Bewerber müssen die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf erfüllen und die für den Beruf eines Lehrers notwendige gesundheitliche Eignung besitzen.

Eine Vormerkung für spätere Einstellungstermine ist nicht möglich. Aus der Ableistung des Vorbereitungsdienstes und dem Bestehen der Zweiten Staatsprüfung kann kein Anspruch auf Verwendung im öffentlichen Schuldienst abgeleitet werden.

E r h a r d
Ministerialdirektor